

JOCHEN HUCKE/HELLMUT WOLLMANN

Der Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis von Raumordnung und Städtebau

Hemmnisse und Ansatzpunkte

1. Ressortforschung zwischen ressortinternem Beratungszweck und „nach außen“ gerichteten Informations- und Innovationsstrategien

Die Ressortforschung hat, zumal in ihrer verfassungsrechtlich tragfähigen „ressortzugehörigen Funktion“¹, in erster Linie die Aufgabe, „für die Politik eines bestimmten Ressorts wissenschaftliche Erkenntnisse und Entscheidungshilfen bereitzustellen“². Wie das MFPRS, das 1974 erstmals konzipiert und seither (1976, 1979)³ fortgeschrieben wurde, in seinen Akzentsetzungen und -verschiebungen anschaulich zeigt⁴, kommt die „interne“ Informations- und Beratungsfunktion der Ressortforschung des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (BMBau) vor allem darin zu Ausdruck, daß sie

- in Wirkungsanalysen zu den in die Zuständigkeit des BMBau fallenden Förderungspolitikern (insbesondere Städtebau- und Wohnungsbauförderung) Aussagen über Wirkungen und Wirkungszusammenhänge liefern soll, um Reformüberlegungen (z. B. die gegenwärtige Diskussion um eine tiefgreifende Veränderung des Wohnungsbauförderungssystems) empirisch zu fundieren;
- in Implementations-, Wirkungs- und Rechtstatsachenuntersuchungen zu den in die Kompetenz des BMBau rechnenden gesetzlichen Regelungsfeldern (insbesondere Städtebaurecht) Aussagen über die Geltungs- und Anwendungspraxis einbringen soll, um ebenfalls Novellierungsüberlegungen (z. B. die laufende Diskussion um ein neues Baugesetzbuch) empirisch abzusichern.

- in Implementations- und Wirkungsuntersuchungen zur Raumordnungspolitik, vor allem zum Grad ihrer Berücksichtigung durch die Fachpolitiken und -förderungen anderer Ressorts, Informationen verfügbar machen soll, die das BMBau, anderer (vor allem finanzieller) Handlungsmittel in diesen Feldern ermangelnd, zur Wahrnehmung seines „Koordinierungsauftrags“ gegenüber den anderen Ressorts einsetzen kann („Koordinierung durch Information“);
- durch Begleitforschung zu Modellvorhaben, Versuchs- und Vergleichsbauvorhaben innerhalb des „Experimentellen Städtebaus“ analysiert, ob und unter welchen Bedingungen sich die in solchen Vorhaben initiierten neuen Lösungsansätze und Verfahren (z. B. flächenhafte Verkehrsberuhigung, Energiesparkonzepte) in der Praxis bewähren.

Auch wenn — von Politikfeld zu Politikfeld mit unterschiedlichem Akzent und Handlungsinteresse — die „interne“ Informations- und Beratungsfunktion von Ressortforschung für das BMBau nach wie vor im Vordergrund stehen dürfte, gewinnt die „externe“ Nutzung der Ergebnisse von Ressortforschung — auch für das BMBau — offenkundig zunehmende Bedeutung. Dem Ministerium kann daran liegen, Forschungsergebnisse in der Absicht zu veröffentlichen,

- die öffentliche und politische Diskussion auf bislang vernachlässigte Problemfelder zu lenken (z. B. Grundwasservorkommen, -belastungen usw.);
- die Reaktion der verschiedenen Betroffenen- und Interessengruppen auf bestimmte Forschungsergebnisse und Vorschläge zu „testen“;

- über die Handhabung einer bestimmten gesetzlichen Regelung und/oder Verfahrensmöglichkeit in der Praxis, insbesondere über „innovative“ Anwendungsbeispiele in der (kommunalen) Praxis (z. B. beim Vollzug des Städtebauförderungsgesetzes) zu informieren und auf diesem Wege den angezielten Gruppen und Akteuren Anregungen und Anstöße für eigene Handlungsinitiativen zu geben (etwa Beispielsfälle und Vorschläge für eine aktive Baulandmobilisierung);
- die Erfahrungen von als erfolgreich eingeschätzten Modellvorhaben, Versuchs- und Vergleichsbauvorhaben „in der wirksamen Verbreitung der Anwendungsmöglichkeiten der jeweils gewonnenen Erkenntnisse“⁵ bei möglichen künftigen Anwendern bekannt zu machen, wobei in erster Linie Kommunen oder private Bauherren angesprochen sind.

Faßt man es in der Sprache politikwissenschaftlicher Systematiken zur Typisierung der Politik und Verwaltung zur Verfügung stehenden Handlungsinstrumente⁶, so kann der Transfer von Forschungsergebnissen dem Instrumentarium der „*persuasiven Politik*“ zugeordnet werden, also der staatlichen Verhaltensappelle an bestimmte gesellschaftliche Zielgruppen, deren Befolgung zwar im staatlichen Interesse liegt, jedoch freiwillig ist und keinerlei staatlichen Kontrollen unterliegt. Es läßt sich erwarten, daß die Bedeutung des persuasiven Instrumentariums gerade in der gegenwärtigen Phase knapper öffentlicher Haushalte zunehmen wird, da der Spielraum für direkter wirkende Instrumente, wie z. B. neue staatliche Finanzhilfeprogramme, sehr begrenzt ist. Je weniger die zentralstaatliche Politik direkte materielle Anreize für die Aufnahme von ihr gewünschter Aktivitäten schaffen kann, desto mehr muß sie darauf setzen, durch Informationsvermittlung und Überzeugungsarbeit die Adressaten dazu zu bewegen, solche erwünschten Initiativen mit eigenen Mitteln zu begreifen. Hierbei ist der Transfer von Forschungsergebnissen zwar nicht das einzige, jedoch ein wichtiges Mittel der persuasiven Politik.

Mit einer solchen Verstärkung von Aktivitäten des BMBau und der das Ministerium hierbei unterstützenden Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (BfLR), die Ergebnisse der Ressortforschung zu verbreiten und mögliche Interessenten und Anwender gezielt anzusprechen, sind die Zuständigkeitsgrenzen keineswegs überschritten, die dem BMBau als Bundesressort durch die bundesstaatliche Kompetenzverteilung gezogen sind. Zum einen sind solche, die eigentliche Initiierung, Begleitung und Auswertung von Ressortforschungsvorhaben erweiternden Transferbemühungen durchaus von der Zuständigkeit des BMBau für Ressortforschung insgesamt als „ressortzugehörige Funktion“ (im Sinne des „Flurbereinigungsabkommens“) gedeckt, solange es sich um Materien handelt, die in die Gesetzgebungs- und Programmförderungskompetenz des BMBau fallen. Sowohl aus der Sicht der Finanzierungszuständigkeit und Wirtschaftlichkeit, unter der der Bundesrechnungshof gelegentlich die Ressortforschungsförderung von Bundesministerien kritisch befragt⁷, als auch unter haushaltspolitischen Effizienzkriterien, wie sie der Bundestag in letzter Zeit vermehrt bei Ressortforschungsvorhaben anmahnt, dürfte eine solche Verstärkung der Transferanstrengungen im Gegenteil als ein Weg zu begrüßen sein, die Wirksamkeit von Forschungsarbeiten mit nur geringen zusätzlichen Kosten erheblich zu steigern. War die bis-

herige Forschungsförderung doch vor allem darin wenig einleuchtend, daß beträchtliche Mittel in die Herstellung der Forschungsergebnisse („Produktförderung“) gesteckt wurden, eine finanzielle Unterstützung ihrer Verbreitung jedoch weitgehend unterblieb. Zum andern sind solche gezielten Informations- und Transferstrategien des BMBau aber auch unter der Verfassungsregel, daß Verwaltung und Vollzug (auch von Bundesrecht und -programmen) Sache der Länder sind, vor allem deshalb unbedenklich, weil sich das BMBau (und die BfLR) auf eine argumentative und „persuasive“ Übermittlung und Verbreitung der Forschungsinformationen beschränken und eine für den Verwaltungsvollzug kennzeichnende formell-hierarchische Einwirkungsmöglichkeit nicht gegeben ist.

2. Zur Wirksamkeit des Transferprozesses

Der Frage nach der Effektivität und der Effizienz von Transferprozessen ist in der Wissenschaft und in der Verwaltungspraxis bislang wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden⁸. Vielfach wurde es als ausreichend angesehen, Forschungsergebnisse in irgendeiner Form, etwa in Schriftenreihen, zu veröffentlichen. Hierbei blieb es dann der Aufmerksamkeit der Adressaten überlassen, sich der Ergebnisse zu bedienen. Angesichts der Masse von Informationen, die in der heutigen Gesellschaft ständig neu produziert werden und im Umlauf sind, erscheint eine solche passive Publikationsstrategie jedoch nicht hinreichend, wenn man darauf abzielt, mit der Ergebnisveröffentlichung mehr als eine Dokumentation wissenschaftlicher Bemühungen zu erreichen. Gesucht sind gezielte Transferstrategien, welche drei Ebenen von Problemen zu lösen haben:

1. Informationen über das Forschungsvorhaben müssen so gerichtet sein, daß sie die Zielgruppen erreichen.
2. Informationen müssen in einer Form aufbereitet sein, daß die Zielgruppen bereit sind, die Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten.
3. Die Zielgruppen müssen aufgrund der Informationen in der gewünschten Weise reagieren.

Da die Vertreter der Zielgruppen frei darüber entscheiden, welche Informationen für sie wichtig sind und inwieweit sie dem, was ihnen durch die Informationen nahegelegt wird, zustimmen und zu folgen vermögen, kann der Informationssender den dritten Schritt des Transferprozesses allenfalls indirekt dadurch beeinflussen, daß er seine Informationen fundiert begründet und auf die Aufnahmegewohnheiten der Zielgruppen zugeschnitten aufbereitet. Für eine aktive Transferstrategie ist weiterhin die Wahl der Kommunikationskanäle und -mittel von Bedeutung, über die die Zielgruppen direkt angesprochen werden sollen.

Ebenso wie bei anderen Ressorts sind bei BMBau und BfLR zur Verbreitung relevanter Ergebnisse des MFPRS die Transferaktivitäten allmählich intensiviert worden. Als Beispiele hierfür seien etwa die Durchführung von Seminaren, die zusätzliche Aufbereitung von Forschungsergebnissen in Aufsätzen und an einen breiten Interessentenkreis gerichteten Broschüren oder die Belieferung spezialisierter Interessentengruppen mit zusätzlichem Informationsmaterial zu bestimmten Themen genannt. Durch die Intensivierung von Transferaktivitäten ist es gelungen, einzelne

Schwerpunkthemen des MFPRS, wie etwa die rationelle Energieverwendung, die Verkehrsberuhigung oder das kosten- und flächensparende Bauen, so zu verbreiten, daß sich hieraus heute eine Vielzahl eigenständiger Aktivitäten und Initiativen nicht zuletzt im kommunalen Bereich entwickelt hat, welche – häufig auch ohne eine kostenaufwendige staatliche Förderung – zu städtebaulichen Verbesserungen und einer positiven Regionalentwicklung beitragen.

Es erscheint insofern lohnend, dem Transfer von Forschungsergebnissen in die Praxis zusätzliche Aufmerksamkeit zu widmen, wobei allerdings auch die Hemmnisse bei Kommunikationskanälen und Adressaten berücksichtigt sein müssen, die es durch aktive Transferstrategien zu überwinden gilt. Dabei ist zu bedenken, daß sich Engpässe der Informationsübermittlung bei den verschiedenen relevanten Adressatengruppen, allgemeiner Öffentlichkeit, von Maßnahmen der Verwaltung Betroffenen, Verbänden, Verwaltungen und politischen Entscheidungsträgern bei Bund, Ländern und Gemeinden, jeweils in unterschiedlicher Weise stellen. Der vorliegende Beitrag führt hierzu exemplarisch für die Gruppe der Kommunalverwaltungen einige Befunde und Überlegungen an⁹.

3. Nutzung von Forschungsergebnissen in Kommunalverwaltungen

Kommunalverwaltungen sind für viele Ergebnisse des MFPRS eine relevante Zielgruppe, da sie eigene städtebauliche Initiativen entwickeln und im Vollzug staatlicher Programme tätig sind. Prinzipiell kann die kommunale Ebene über eine Vielzahl von Kommunikationskanälen erreicht werden, zu denen neben den Tageszeitungen, Hörfunk und Fernsehen insbesondere Fachzeitschriften, Mitteilungen von Verbänden, Bücher und Schriftenreihen, Seminarveranstaltungen sowie nicht zuletzt auch persönliche Kontaktnetzwerke zwischen einzelnen Mitarbeitern, Kollegen in Nachbargemeinden oder in staatlichen Verwaltungen zählen. Da Verwaltungen intern arbeitsteilig organisiert sind, reicht es nicht aus, daß eine bestimmte Information die Verwaltung als Einheit erreicht. Vielmehr muß jeweils der verwaltungsintern zuständige Mitarbeiter angesprochen werden. Ein drittes grundlegendes Merkmal des Kommunikationsprozesses ist die stark begrenzte Zeit, die für die Information über neue Entwicklungen insgesamt zur Verfügung steht. Selbst Mitarbeiter von Verwaltungseinheiten, deren Hauptaufgabe in der Entwicklung neuer Konzeptionen und Planungen besteht, gaben an, allenfalls 10 – 20 % ihrer Arbeitszeit für die Auswertung neuer Fachinformationen verwenden zu können, da sie hauptsächlich mit laufenden Verwaltungsaufgaben beschäftigt seien. Diese Zeitanteile gestalten sich in Verwaltungseinheiten der reinen Linienorganisation noch ungünstiger.

Betrachtet man den Informationsprozeß über Forschung bei den Kommunalverwaltungen insgesamt, so zeigt sich zunächst, daß die Verwaltungen prinzipiell von einer Vielzahl von Informationen erreicht werden. Sie beziehen die Tagespresse und eine größere Anzahl von Fachzeitschriften regelmäßig und werden häufig routinemäßig mit Schriftenreihen verschiedener Ministerien sowie mit Seminarangeboten beliefert. Größere Städte sind dabei intensiver in den Informationsprozeß eingebunden als kleinere Gemeinden. Aus der Sicht des Informationsempfängers er-

geben sich, was dessen Erreichbarkeit betrifft, im Informationsangebot keine Probleme. Hier liegt eher ein Überangebot vor, wobei angesichts der knappen verfügbaren Zeit und der internen Verwaltungsorganisation die Hauptprobleme bei der sinnvollen Informationsaufbereitung und -verarbeitung liegen. Für den Anbieter von Informationen stellt sich dagegen bereits das Problem, mit einer Vielzahl anderer Informationen um knappe Aufmerksamkeit konkurrieren zu müssen.

Eine systematische Aufbereitung der eingehenden Informationen nach Themengruppen, Wichtigkeit usw. findet fast nie statt. Vielmehr verteilt meist die zentrale Poststelle die eingehenden Informationen an die Fachämter, von denen man meint, daß sie die richtigen Adressaten seien. Daß hierdurch ein großer Anteil von „Irrläufern“ produziert oder Druckschriften als „Reklame“ aussortiert würden, wurde immer wieder berichtet. Auch führt der weitere Zeitschriftenumlauf im hierarchischen Verfahren vielfach dazu, daß Zeitschriftenhefte beim Dezernenten oder Amtsleiter hängenbleiben, im Umlauf verlorengehen oder den Mitarbeiter, der sich für ein Thema interessiert, viel zu spät erreichen. Häufig abonnieren deshalb Mitarbeiter privat die für ihre Arbeit relevanten Zeitschriften.

Die Knappheit der Zeit bringt es mit sich, daß schriftliche Informationen nur dann aufgenommen werden, wenn sie leicht verständlich und schnell aufnehmbar aufbereitet sind. Die Tabelle 1 zeigt, daß bei Schriften vor allem die Teile gelesen werden, die einen schnellen Rückschluß auf den Informationsgehalt erlauben.

Tabelle 1:
Intensität des Lesens einer Fachschrift

	überwiegend gründlich	überwiegend diagonal	überwiegend gar nicht	Anzahl der Befragten
1. Inhaltsverzeichnis	70 %	27 %	3 %	118
2. Kurzfassung/Zusammenfassung	63 %	35 %	2 %	123
3. eigentlicher Bericht/Text	9 %	71 %	21 %	117
4. Vorwort	16 %	50 %	34 %	106
5. Anhang/Materialien	4 %	66 %	30 %	110
6. Literaturverzeichnis	5 %	58 %	38 %	112
7. Autoren- und/oder Sachregister	10 %	39 %	51 %	109

Bei den schriftlichen Informationsmedien werden vor allem die Fachzeitschriften häufig genutzt (vgl. Tab. 2).

Tabelle 2:
Nutzung schriftlicher Informationsmedien für die eigene Arbeit

	nie	gelegentlich	häufig	Anzahl der Befragten
Tageszeitung(en)	23,1 %	53,8 %	23,1 %	108
Fachzeitschriften	0,8 %	29,5 %	69,7 %	129
Forschungsdokumentationen, Literaturdienst	12,2 %	54,8 %	33,0 %	115
Mitteilungen der kommunalen Spitzenverbände	2,6 %	54,7 %	42,7 %	117
Fachliteratur, Monographien usw.	3,3 %	49,2 %	47,5 %	122
Hefte der Schriftenreihe des BMBau	6,5 %	56,9 %	36,6 %	123

Auch die Seminare, die von vielen Mitarbeitern der Kommunalverwaltungen als eine wesentliche Transferform angesehen werden, da sie der intensiveren Informationsvermittlung dienen, die Möglichkeit der Rückfrage und Diskussion eröffnen und zudem zur Intensivierung von Kontakten zu Fachkollegen beitragen, geraten zunehmend unter Zeit- und Kostendruck. Aufgrund der kommunalen Haushaltsenge können sich viele Gemeinden nicht mehr erlauben, Teilnehmer für länger dauernde Veranstaltungen an entfernteren Orten zu benennen.

Fragt man nach dem Nutzen, den der Transfer von Forschungsergebnissen aus der Sicht der Kommunalverwaltungen als einer Adressatengruppe hat, so sind zum einen solche Antworten zu hören, die darauf verweisen, daß viel zu viel über Thematiken geforscht werde, die für die Gemeinden nicht relevant seien, und daß viele Forschungsberichte nicht nur viel zu lang, sondern auch aus einer zu theoretischen, die Belange der Praxis zu wenig berücksichtigenden Perspektive verfaßt seien. Hieraus allerdings zu folgern, daß auf den Transfer von Forschungsergebnissen ganz verzichtet werden könnte, wäre jedoch verfehlt. Dem stehen nämlich zum andern Aussagen gegenüber, die auf die Nutzbarkeit von Forschungsergebnissen in bestimmten Zusammenhängen hinweisen. Hierzu wurde überwiegend angeführt, daß Forschungsergebnisse Entscheidungs- und Argumentationshilfen liefern könnten (60 %). Seltener wurde angegeben, daß Forschungsergebnisse Anregungen für eigene neue Initiativen geliefert hätten (28 %) oder daß sie als Hilfestellung bei der Umsetzung kommunalpolitischer Entscheidungen nützlich seien (12 %). Eine Differenzierung hinsichtlich der Forschungsnutzung ergibt sich weiterhin zwischen größeren und kleineren Gemeinden. Während die größeren Gemeinden häufiger auch eigene Forschungsaufträge vergeben, über eigene Mitarbeiter im Forschungsbereich verfügen oder durch ihre Vertreter in den Gremien der kommunalen Verbände direkt an neuen Entwicklungen mitarbeiten, besteht gerade bei kleineren Gemeinden ein größerer Informationsbedarf, der über gut aufbereitete Forschungsergebnisse gedeckt werden könnte.

4. Ansatzpunkte für eine aktive Transferstrategie

Angesichts der begrenzten Aufnahmekapazität vieler Adressaten, nicht nur der Kommunalverwaltungen, für Forschungsergebnisse erscheint es sinnvoll, Transferstrategien systematischer zu entwickeln, als dies bisher geschehen ist. Dabei kann auf bestehende oder bereits angewandte Einzelelemente zurückgegriffen werden. Die folgenden Überlegungen verstehen sich als Vorschläge, deren Anwendbarkeit im Einzelfall geprüft werden sollte.

Wichtig erscheint zunächst der Zeitpunkt von Transferüberlegungen. Es reicht nicht aus, zunächst die Forschungsergebnisse abzuwarten und dann Überlegungen darüber anzustellen, wie diese am besten zu übermitteln seien. Zumeist hinkt nämlich bereits der Abschlußbericht eines Forschungsvorhabens schon deutlich hinter dem Zeitpunkt her, zu dem die Ergebnisse eigentlich gebraucht worden wären, da von der Formulierung einer Forschungsfrage über die Auftragsvergabe bis zur Bearbeitung zumeist schon viel Zeit vergangen ist. Weiterhin kann es sowohl zur Präzisierung und Differenzierung der Forschungsfrage als auch zur Klarheit der Gliederung des Berichtes beitragen, wenn

schon frühzeitig bekannt ist, an welche Zielgruppen sich die Ergebnisse voraussichtlich wenden sollen. Sinnvoll ist es deshalb, bereits bei der Konzipierung eines Vorhabens erste Überlegungen zum Transfer anzustellen, die sich zumindest auf die Funktionen der Ergebnisse (rein interne oder auch externe Nutzung?, reine Informationsfunktion, Handlungsempfehlungen u. ä.?) und auf die Zielgruppen erstrecken sollten.

Weiterhin verlangt ein Forschungsprojekt, dessen Ergebnisse nicht nur Papier bleiben sollen, eine aktive Forschungsbetreuung, wie sie derzeit meist nur in seltenen Glücksfällen angetroffen wird. Der seitens des Auftraggebers zuständige Forschungsbetreuer darf sich nicht auf die Rolle eines Ablaufkoordinators beschränken, der die Einhaltung von Zwischenberichtsterminen abhakt und Mittel anweist. Viel zu selten wird bisher die Rolle einer inhaltlichen Unterstützung als Diskussionspartner der Forschung und als Vermittler der Ergebnisse in die Praxis wahrgenommen. Zum einen benötigen die Bearbeiter eines Auftragsforschungsvorhabens laufende Informationen über etwaige Veränderungen bei den für die Aufnahme der Forschungsergebnisse wichtigen Rahmenbedingungen, welche ihnen am ehesten der Forschungsbetreuer als „Insider“ der Auftraggeberverwaltung liefern könnte. Zum anderen kann der Betreuer als Verwaltungspraktiker, der die Interessen und Wahrnehmungsmuster der Zielgruppen meist besser als der Forscher einzuschätzen vermag, bereits während des laufenden Forschungsprozesses darauf hinwirken, daß die Ergebnisdarstellung in Gliederung und Sprache auf die Anforderungen der Zielgruppen zugeschnitten ist. Schließlich kann der Betreuer auch über die ihm offenstehenden Kontakte zu Vertretern der Zielgruppe bereits während der Bearbeitung die Aufnahmebereitschaft für die Ergebnisse günstig gestalten, indem er das Vorhaben ankündigt oder auch erste, sich abzeichnende Zwischenergebnisse zur Diskussion stellt.

Zu prüfen ist weiterhin, inwieweit bereits während des Forschungsprozesses selbst mit Transferaktivitäten begonnen werden sollte. Dies bietet sich besonders bei Vorhaben an, die Initiativ- und Anstoßfunktionen für neue Konzepte entfalten sollen. Hier ist oft allein die Tatsache, daß eine neue Konzeption in die Diskussion kommt, wichtiger als die detaillierte wissenschaftliche Fundierung des Konzeptes. Wichtige Mittel des Transfers können dabei Seminarveranstaltungen mit ausgewählten Zielgruppenvertretern oder die Einrichtung eines projektbegleitenden Beirates aus Zielgruppenvertretern sein. Aber auch die Kommunikation mit externen Gremien von Forschern und/oder Praktikern wie etwa den Arbeitskreisen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) können einem frühzeitigen Transfer von Forschungsanliegen und -ergebnissen dienlich sein. Werden dabei Schlüsselpersonen ausgewählt, die Reputation oder den Zugang zu bestimmten Kommunikationsmedien haben, so kann sich hierdurch zugleich die Aufmerksamkeit für die späteren Endergebnisse erhöhen. Weiterhin dienen Beirat und Zwischenseminare als wichtiges Korrektiv für den Forschungsprozeß selbst.

In der bisherigen Forschungspraxis wird die Umsetzung eines fertigen Endberichtes meist äußerst stiefmütterlich behandelt. Zumeist tritt bei Auftraggeber und Auftragnehmer zumindest ein Ermüdungseffekt ein, da das Thema nun nach diversen Überarbeitungen des Berichtes für beide Seiten abgeschlossen erscheint. Gerade dies führt jedoch dazu, daß vorliegende Ergebnisse viel-

fach suboptimal genutzt werden. Da die Informationsinteressen des Auftraggebers meist nicht mit den Interessen und Aufmerksamkeitsmustern externer Zielgruppen identisch sind, müßte ein auch für externe Gruppen geeigneter Bericht vor der Veröffentlichung eigentlich noch den Anforderungen der Zielgruppen entsprechend aufbereitet werden. Vielfach wäre auch angesichts der Präferenz der Zielgruppen für knappe Informationen ein Überblicksartikel in einer Fachzeitschrift oder eine Publikation, die den Stand der Forschung als Extrakt aus mehreren Einzelprojekten zusammenstellt, für die Zielgruppen wesentlich hilfreicher und würde dort größere Aufmerksamkeit finden als die reine Veröffentlichung des Einzelvorhabens. Es scheint deshalb angebracht, bei wichtigen Forschungsvorhaben eine eigenständige Transferphase zu planen, bei der der Forscher einen zusätzlichen Auftrag für die zielgruppengerechte Aufbereitung der Ergebnisse erhält und hierbei ggf. durch Medienfachleute unterstützt wird. Auch sollten seitens der Projektbetreuer oder der Forscher mehr als bisher die Möglichkeiten von Publikationen der Ergebnisse in Fachzeitschriften, der Anregung von Rezensionen usw. genutzt werden.

Orientiert man sich an den Anforderungen der Zielgruppe „Kommunalverwaltungen“, so sind ein knapper und verständlicher Text, eine Gliederung, die schnell den Inhalt der Publikation erkennen läßt, eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse, die Auflockerung von Textteilen durch Grafiken und Tabellen sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen die wichtigsten Anforderungen an die Gestaltung von Texten.

Inwieweit neben schriftlichen Informationen schließlich die Durchführung von Seminaren ein wesentliches Element einer Transferstrategie sein kann, ist unterschiedlich zu bewerten. Sicherlich liegt in der Seminarform die Möglichkeit der intensivsten Informationsübermittlung. Auch werden mit Hilfe von Seminaren vielfach personale Kontakte aufgebaut oder erweitert, die insgesamt für einen Aufgabenbereich nützlich sein können. Seminare sind aber auch für Veranstalter und Teilnehmer ein beträchtlicher Kostenfaktor, dessen Angebot sich nicht beliebig erweitern läßt. Um zu vermeiden, daß die Seminarveranstaltungen auf Dauer ihre Attraktivität verlieren, bietet es sich an, zum einen nur Themen von besonderer Bedeutung zum Gegenstand von Seminaren zu machen. Zum andern kann wahrscheinlich durch eine Regionalisierung ein größerer Interessentenkreis angesprochen werden, da gerade Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie aus kleineren Gemeinden Schwierigkeiten haben, entfernte Veranstaltungsorte aufzusuchen.

Resümierend sei hier in Tabelle 3 eine Einschätzung der einzelnen Elemente von Transferstrategien unter dem Gesichtspunkt ihrer Eignung für bestimmte Zielgruppen angeführt.

1. Die bislang eher nur bruchstückhaft vorliegenden Untersuchungen zur Diffusion und Nutzung von Ergebnissen der Ressortforschung deuten darauf hin, daß der Forschungstransfer alles andere als ein „Selbstläufer“ ist, sondern vielfach in den Barrieren unterschiedlicher Handlungsinteressen im Adressaten- und Anwenderfeld und in den organisatorischen und personellen Filtern der „Vordringlichkeit des Befristeten“, hierauf nicht eingestellter Qualifikation bis hin zu den institutionellen Trivialitäten, wie unzureichende Ausstattung mit Zeitschriften, unzulängliche Organisation des Umlaufs und ihrer Auswertung u. a. hängen bleibt. Dies alles spricht dafür, daß BMBau und BfLR als

Träger der Ressortforschung des BMBau die Förderung und Aufmerksamkeit nicht nur auf die Forschungsarbeiten selbst („Produktförderung“), sondern verstärkt auch auf deren Transfer („Marketing“) richten sollten.

Tabelle 3:
Einschätzung der einzelnen Elemente von Transferstrategien

Adressatengruppe	Veröffent- lichung		Transfer- veranstaltung		Personale Kontakt- netze
	Kurz- fassung	Lang- fassung	während	nach	
Politische Entschei- dungsträger	+	o	o	+	+
Verwaltungen	+	o	+	+	+
Verbände	+	+	o	+	+
Betroffene	+	+	-	o	+
Wissenschaft	+	+	o	+	-
Allgemeine Öffent- lichkeit	+	-	-	o	-

Erläuterung der Zeichen: + (sehr) zweckmäßige Transferstrategie
o fallweise zweckmäßige Transferstrategie
- weniger zweckmäßige Transferstrategie

2. Zu diesem Zweck sollte das BMBau dazu übergehen, in den Forschungsaufträgen das aktive Engagement des auftragnehmenden Forscherteams in der sich (unter Umständen) anschließenden Transferphase als gesonderten Leistungsteil vertraglich ausdrücklich vorzusehen und auch bei Bedarf gesondert zu honorieren. Für die beteiligten Auftragsforscher sollte sich die Transferphase nicht mehr als ein (auch im Reputationssystem der Forschergemeinde „undankbares“) Anhängsel, sondern als eine Phase darstellen, die zum Leistungsprofil anwendungsbezogener Forschung gehört und als solche auch die professionelle Anerkennung gewinnt.

3. Die BfLR, die seit ihrer Gründung maßgebliche Aufgaben im „Forschungs- und Praxistransfer“, insbesondere in der „Zwischenlagerung“ und Weitervermittlung von Forschungsergebnissen hat¹⁰ und auch wahrgenommen hat, sollte ihre Aktivitäten in dieser Mittlerfunktion noch verstärken. Dabei sollten vor allem die erfolgreichen Ansätze mit zielgruppenorientierten, teilweise regionalisierten Fachgesprächen usw. weitergeführt werden.

Ferner sollte verstärkt der Abdruck von Kurzaufsätzen über relevante Forschungsergebnisse und -informationen in den von Praktikern meistgelesenen Fachzeitschriften (z. B. Stadtbauwelt, Städtetag, Städte- und Gemeindebund) angestrebt werden¹¹.

4. Besondere Anstrengungen sollten darauf gerichtet werden, die Kommunikation mit externen Vermittlern, Umsetzern und Anwendern von Forschungsergebnissen vor allem dadurch zu verstetigen, daß bei den betreffenden Körperschaften und Organisationen (Landes-, Kommunale Behörden, Verbände usw.) diejenigen Stellen und Angehörigen identifiziert und gezielt angesprochen werden, die innerhalb der jeweiligen Institution die Funktion von „Empfängern“ und Umsetzern wahrnehmen. Auf der kommunalen Ebene kommen hierfür – neben den Fachverwaltungen – zunehmend die Träger einer „stadteigenen Stadtforschung“ (Amt für Statistik, für Stadtentwicklung oder eigenes Amt für Stadtforschung) insbesondere in solchen Kommunen in Betracht, wo der Aufbau und die Nutzung einer solchen Analyse-

kapazität, die die Aufarbeitung und Umsetzung von Forschungsinformationen für kommunales Handeln einschließt, als unerlässlicher Schritt erkannt ist, unter immer schwierigeren Rahmenbedingungen die kommunale Handlungsfähigkeit zu erhalten¹².

Ferner könnten BMBau und BfLR die Diffusion von Forschungsergebnissen dadurch verstärken, daß in die Verbreitung bestimmter „Informationspakete“ (z. B. flächen- und kostensparendes Bauen) eigens Auftragnehmer (u. U. auch Marketinginstitute) eingeschaltet werden, um sich als „Informationsmakler“ („information brokers“) unmittelbar an die Zielgruppen zu wenden. Hierbei könnten die Erfahrungen nützlich sein, die inzwischen im Bereich des Technologietransfers mit Transferberatern (z. B. an Hochschulen, etwa ITZ, Bochum, und auch bei Industrie- und Handelskammern, etwa in Rheinland-Pfalz) gesammelt worden sind.

Anmerkungen

1 Vgl. § 1, II Flurbereinigungsabkommen (Entwurf) (1971), abgedruckt in: Bundesminister für Forschung und Technologie (Hrsg.): Gemeinsame Forschungsförderung durch Bund und Länder, 2. Aufl. Bonn 1980, S. 161. Zur verfassungsrechtlichen und politischen Kontroverse um die Zuständigkeit von Bundesressorts für Forschungsförderung s. *Hellstern, Gerd-Michael; Wollmann, Hellmut*: Bilanz- und Reformexperimente, wissenschaftliche Begleitung und politische Realität, in: dies. (Hrsg.): Experimentelle Politik. Reformstrohfeuer oder Lernstrategie. — Opladen 1983, S. 52 ff.

2 *Pflaumer, Hans*, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.): Wer forscht was für die räumliche Planung? — Bonn-Bad Godesberg 1978, S. 1 ff.

3 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Mittelfristiges Forschungsprogramm Raumordnung und Städtebau. — Bonn-Bad Godesberg 1979.

4 Vgl. hierzu u. a. die Beiträge von *Ganser, Karl*, in: Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung (Hrsg.), a.a.O., S. 4 ff., 7 ff., 241 ff.

5 So bereits die Richtlinien des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau „Über die Verwendung von Bundesmitteln zur Förderung von Versuchs- und Vergleichsbauten...“ v. 1. 7. 1959.

6 Speziell der Transferaspekt wurde erst in jüngerer Zeit aufgegriffen von *Caplan, N.*: The Two-communities Theory and Knowledge Utilization, in: *American Behavioral Scientist*, 1979, S. 459 ff.; vgl. *Badura, Bernhard*: Zur Politik der Nutzung und Nichtnutzung sozialwissenschaftlicher Informationen in der Bundesrepublik, in: *Hellstern, Gerd-Michael; Wollmann, Hellmut* (Hrsg.): Handbuch zur Evaluationsforschung Bd. 1, Opladen 1984, S. 590 ff.

7 Vgl. etwa Bundesrechnungshof, Bemerkungen... zur Bundeshaushaltsrechnung... für das Haushaltsjahr 1974, Bundestags-Drucks. 7/5849 v. 26. 10. 1976, S. 67 ff.

8 Die Diskussion um das Verhältnis von Wissenschaft zu Politik und Verwaltung hat in den Sozialwissenschaften eine längere Tradition, wobei Akzentverschiebungen zu beobachten sind, die das geänderte Rollenverständnis der Wissenschaft andeuten: Während der 60er Jahre stand zunächst die Frage nach der Legitimation wissenschaftlicher Politikberatung im Mittelpunkt. Siehe etwa *Habermas, J.*: Theorie und Praxis. — Neuwied/Berlin 1963; *Adorno, T. W. u. a.*: Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. — Neuwied/Berlin 1969. Dies wurde dann zunehmend durch Studien abgelöst, die die Praxis der Politikberatung in verschiedenen Politikbereichen beschreiben. Siehe u. a. *Friedrich, H.*: Staatliche Verwaltung und Wissenschaft, Frankfurt 1970; *Dietzel, G.*: Wissenschaft und staatliche Entscheidungsplanung. — Berlin 1978; *Beck, U.* (Hrsg.): Soziologie und Praxis. — Göttingen 1982. Siehe *Dahme, H. J.*; *Grunow, D.*: Implementation persuasiver Programme. In: *Mayntz, R.* (Hrsg.): Implementation politischer Programme II. — Opladen/Wiesbaden 1983, S. 171 ff.

9 Empirische Grundlage ist die im Auftrag des BMBau durchgeführte Studie des *Instituts für Stadtforschung Berlin*: Untersuchung der Nutzung von Ergebnissen der Ressortforschung. — Berlin 1982. Hierbei wurden Vertreter von 40 Kommunalverwaltungen zur Nutzung ausgewählter Forschungsergebnisse des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau befragt.

10 Vgl. hierzu etwa *Ganser, Karl*, a.a.O., S. 4.

11 Siehe hierzu auch *Seidel, Gisela; Hücke, Jochen*: Was Kommunalbeamte lesen — die Aufnahme wissenschaftlicher Informationen in Kommunalverwaltungen. In: *Hellstern, Gerd-Michael; Wollmann, Hellmut* (Hrsg.): Evaluierung und Erfolgskontrolle, in: Kommunalpolitik und -verwaltung. — Basel 1984, S. 476 ff.

12 Siehe hierzu: *Hellstern, Gerd-Michael; Wollmann, Hellmut*: Evaluierung in Kommunalpolitik und -verwaltung. Entwicklung und Stand. In: dies. (Hrsg.): Evaluierung und Erfolgskontrolle..., a.a.O., S. 10 ff.